



## ÖPP - Irrweg und Schuldenfalle

Auszüge aus der Reihe "Erkennen und Gestalten" des Berliner SPD - Donnerstagskreises - Nr. 38 von März 07

### Was ist ÖPP?

Das Kürzel ÖPP steht für Öffentlich-Private-Partnerschaft. In klarem Deutsch heißt das: Öffentliche Projekte – z.B. Schulen, Mehrzweckhallen, Kongresszentren, Schwimmbäder, Sportanlagen - werden öffentlich gewünscht, aber privat gebaut und betrieben.

Partnerschaft setzt gleiche Interessen voraus, gleiche Rechte, gleiche Ziele. Die Anhänger von ÖPP behaupten deshalb, dass Private alles können, was der Staat tut - nur besser und billiger. Vor allem aber hätten Private das, was dem Staat fehlt, Geld.

**ÖPP bedeutet:  
Bezahlt wird öffentlich,  
verdient wird privat.**

### Der Rentabilitätstrick

Nicht einmal ihre unkritischen Befürworter behaupten, dass sich ÖPP -Projekte sofort „rechnen“.

Nur die so genannten Effizienzgewinne, also Kosteneinsparungen bei Planung, Bau und vor allem bei Betrieb eines Objektes, sollen - hochgerechnet auf eine Laufzeit von 25, 30 oder gar 40 Jahre –

# gegen Privatisierung!

Bürgerbegehren „Mülheim bleibt unser!“  
R. Schnell, U. Tschirner, L. Reinhard

eine Laufzeit von 25, 30 oder gar 40 Jahre – **Kostenvorteile für die Kommune bringen.**

Den Nachweis dafür erbringt der „Wirtschaftlichkeitsvergleich“. Diesen Vergleich erstellen - damit auch gar nichts schief geht - diejenigen, die am ÖPP - Projekt verdienen, **die Berater!**

Sie vergleichen die Kosten einer Eigenrealisierung durch die Kommune und die Kosten der ÖPP- Realisierung – mit dem vorhersehbaren Ergebnis.

### Wie man ÖPP zum Erfolg rechnet

**ÖPP gewinnt dabei nur, wenn man wichtige Risiko- und Kostenfaktoren, die nur bei diesem Finanzierungsmodell entstehen, unter den Tisch fallen lässt:**

Private Firmen erzielen ihre „Effizienzgewinne“ auf die lange Laufzeit durch personelle Einsparungen (Entlassungen und Gehaltskürzungen) und dadurch, dass sie Subunternehmer drücken.

**Ein Teil der Kosten der Kommune für Gutachter, Berater und Rechtsanwälte bleiben bei den „Wirtschaftlichkeits“- Vergleichen unberücksichtigt, weil diese vor dem Beschluss anfallen, das ÖPP - Projekt durchzuführen, obwohl sie in Wirklichkeit allein dazu dienen, ÖPP zu „implantieren“.**

Auch die Kosten, die der Kommune dadurch entstehen, dass sie die Vertragserfüllung von Dritten laufend bis zu 30 Jahre kontrollieren muss, erscheinen in den Wirtschaftlichkeitsberechnungen nicht oder als Bagatelle, obgleich der Staat hier eine Leistung erbringt, die er ohne ÖPP - Projekt nicht erbringen müsste.

**ÖPP-Modelle rechnen sich nur, wenn die Kommune gegen Vernunft und Erfahrung einen Einredevorzicht erklärt. Das bedeutet: Die Kommune sichert der Bank, die das Projekt für die Privaten finanziert, zu, die Raten auch dann zu zahlen, wenn der Private seine Leistungen schlecht oder gar nicht mehr erbringt, weil er pleite gegangen oder nicht leistungsfähig ist.**



### Das ÖPP-Desaster Beispiel Offenbach (mit SKE+Hochtief, beide auch in Mülheim)

Beim Kreis Offenbach führte ÖPP dazu, dass seit dem Jahr 2005 für die Gebäudebewirtschaftung der Schulen ca. doppelt soviel Geld pro Jahr in den Haushalt eingestellt werden muss - jetzt ca. 60 Millionen € statt früher 30 Millionen €  
Seit dem Jahr 2003 hat sich die Verschuldung des Kreises mehr als vervierfacht - von 16,9 Mio € auf 57 Mio. €  
Der Regierungspräsident Darmstadt zum Haushalt 2006: „Die Defizitentwicklung ist besorgniserregend...“

Die Kosten des ÖPP-Schulprojektes sind hochgerechnet mit Barwertmethode von 780 auf 860 Mio. € gestiegen!

### **Schuldenfalle ÖPP: Der Bundesrechnungshof hat unlängst festgestellt:**

ÖPP ist nichts anderes als eine **besonders listige und teure Form des Schuldenmachens**. .. Um alle diese Gefahren für den Bürger unter dem Deckel zu halten, werden **ÖPP-Verträge streng geheim** gehalten - strenger als die Pläne des Pentagon. **Tatsächlich ist ÖPP nichts anderes als eine Umgehung der Begrenzungslinien für öffentliche Schulden**. ÖPP ist die kommunale Schuldenfalle schlechthin. ... **Das Märchen vom „frischen Geld“**: Es gibt kein „frisches Geld“. Es ist immer dasselbe Geld, von denselben Kapitalmärkten und Banken - nur sehr viel teurer geliehen. Überschuldete Gemeinden hängen dann im Netz des internationalen Hochzinses- mit absehbaren Folgekosten.



Beitrag in „Tageszeichen“ im WDR 3-Radio am 16. Aug. 2007 um 19.45 Uhr  
Autor: Werner Rügemer

**Forfaitierung mit Einredevorzicht  
Wie der Staat bei Public Private  
Partnership heimlich alle Risiken über-  
nimmt und sich zusätzlich verschuldet**

„Forfaitierung mit Einredevorzicht“: Das haben Sie vielleicht noch nie gehört? Aber bei Städten und Investoren ist „**Forfaitierung mit Einredevorzicht**“ längst Routine. **Dieser Trick gehört zu einem neuen Heilsversprechen, „Public Private Partnership“, kurz PPP genannt.**

Bei PPP übernehmen Investoren Bau oder Sanierung öffentlicher Gebäude und sie erledigen auch für 20 bis 30 Jahre den Betrieb, die Bauunterhaltung und vor allem die Finanzierung. Die öffentlichen Kassen sind bekanntlich „leer“, aber trotzdem können nun Schulen saniert werden, Rathäuser, Kindergärten, Messehallen, Krankenhäuser, Gefängnisse – alles wird neu. Die öffentliche Hand zahlt dafür 20 bis 30 Jahre lang eine Miete. Die Stadt braucht also keinen Kredit aufzunehmen und kann dazu noch Personal entlassen. **Politiker können sich als „handlungsfähig“ darstellen.**

In Mülheim an der Ruhr zum Beispiel wurde jetzt ein solcher Mietvertrag beschlossen. **Der Investor soll für 25 Jahre ein neues Medienhaus bauen und betreiben, die Stadt zahlt dafür 25 Jahre lang eine Miete.** Die Stadtratsmehrheit hat wie üblich den Vertrag zu

# gegen Privatisierung!

Informationen an der Holzhütte Schloßstraße  
oder MBI-Geschäftsstelle: Tel.: 3899810

„**Forfaitierung mit Einredevorzicht**“ **abgenickt, ohne ihn zu kennen.** Im Stadtrat sitzt auch die oppositionelle Fraktion Mülheimer Bürgerinitiativen, MBI. Die wollte doch tatsächlich den Vertrag und besonders die Vereinbarung über die Forfaitierung mit Einredevorzicht sehen, bevor abgestimmt wurde. Die Oberbürgermeisterin hatte die Unterlagen aber gerade nicht da. Weil sie so nachdrücklich nachhaken, bekamen die MBI-Stadträte die Vereinbarung später immerhin nachgereicht.

Jetzt wissen sie genau, was Forfaitierung mit Einredevorzicht ist. Sie dürfen aber öffentlich nichts sagen. Die Oberbürgermeisterin hat ihnen eingeschärft, dass hier **absolute Geheimhaltung** herrscht. Aber wir brauchen die Mülheimer Vereinbarung mit dem französischen Großinvestor SKE Facility Management nicht. Denn die Standardformulierungen der hochbezahlten Anwälte sind überall gleich.

**Forfaitierung mit Einredevorzicht geht so:**

Nach der Unterschrift der Oberbürgermeisterin geht der Investor mit dem Mietvertrag zu seiner Bank und verkauft ihr die Mietforderungen. Die Bank schätzt den Gesamtwert der Mieten für die gesamte Laufzeit, in Mülheim also für 25 Jahre. Die Bank zahlt dann dem Investor den Gesamtbeitrag sofort aus, mit gewissen Abzügen.

**Das ist die Forfaitierung.**

Im Gegenzug zahlt die Stadt Mülheim die Miete nicht, wie gerade im Stadtrat noch beschlossen, an den Investor, sondern an die Bank. Die Stadt verpflichtet sich dabei, immer die volle Miete zu zahlen, unabhängig davon, ob der Investor beim Bau und Betrieb des Medienhauses mangelhaft



arbeitet oder sogar, wenn er pleite geht.  
**Das ist der Einredevorzicht.**

Die Stadt nimmt somit zwar formal nicht selbst einen Kredit auf. Aber sie zahlt den Kredit zurück, den der Investor aufgenommen hat. **Sie verschuldet sich also auf diesem Umweg zusätzlich. Und sie übernimmt praktisch alle wichtigen Risiken des Investors.** Die Stadt stimmt übrigens auch zu, dass die Bank den Vertrag an andere Kreditinstitute weiterverkaufen kann. **Aus Mietverträgen werden Finanzprodukte, das ist der Sinn von PPP.** Und das geht nicht immer glatt. Ein solcher Forderungsverkauf hat beispielsweise gerade zur großen Immobilienkrise in den USA geführt.

Übrigens hat die Kommunalaufsicht dem Mülheimer Vertrag schon zugestimmt, wie in anderen Fällen. Die MBI-Fraktion hat den Landesrechnungshof eingeschaltet und bittet freundlich um Stellungnahme: **Ist dieser Einredevorzicht nicht sittenwidrig und gefährlich?** Mal sehen, was die Hüter einer ordentlichen Verwendung der Steuergelder antworten. Aber der Vertrag ist unterschrieben. Jetzt läuft er, 25 Jahre lang. Die Investoren freuen sich schon auf die nächste Finanzkrise.

**Auch wegen dem Einredevorzicht:**



**Sprechen Sie auch mit Ihren Nachbarn und Freunden, denn jede Stimme zählt!**